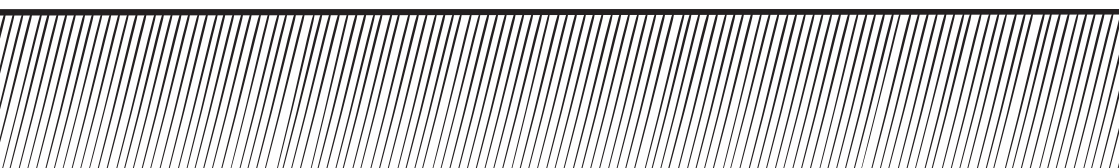




Erfolgreich vor Ort

Erwartungen der
hessischen Wirtschaft an
die Kommunalwahl in
Hessen 2021



C |

Themengebiete

1 |

Finanzen

Kommunalhaushalte konsolidieren und Steuerlast senken

Generationengerechtigkeit: Haushalte dauerhaft ohne neue Schulden

Solide Haushalte sind die Basis für eine prosperierende Gemeinde – für die Bürger und Betriebe heute und für kommende Generationen. Deshalb müssen die Kommunalpolitiker mit öffentlichen Mitteln sparsam und wirtschaftlich umgehen sowie nachhaltig haushalten. Keine Kommune kann alles finanzieren, was wünschenswert ist – im Gegenteil: Aufgaben, Programme und Projekte müssen vielerorts auf den Prüfstand, um solide Kommunalfinanzen zu erreichen oder zu erhalten. Die meisten Kommunen haben kein Einnahmeproblem, sondern ein Problem zu hoher Ausgaben. Die freiwilligen Ausgaben müssen sich an den Einnahmen orientieren, nicht umgekehrt.

In allen Kommunen müssen dauerhaft Haushalte ohne neue Schulden das Ziel sein. In Kommunen mit defizitären Etats sollten die Kommunalparlamente in ihren Hauptsatzungen das Ziel festschreiben, dass ihre Haushalte spätestens ab 2026 grundsätzlich ohne Nettoneuverschuldung auszugleichen sind. Darüber hinaus müssen sie einen verbindlichen Abbaupfad für bestehende Defizite vorgeben.

Rücklagen bilden

Kommunen müssen in wirtschaftlich guten Zeiten mit hohen Steuereinnahmen Rücklagen bilden für Zeiten des Abschwungs. Es muss Schluss sein mit der Gewohnheit, alle Einnahmen in guten Zeiten auszugeben. Das Vorsorgeprinzip muss in den Etatplanungen und im Haushaltsvollzug mehr Beachtung finden.

Investitionsquote erhöhen

Die Kommunen unterhalten den größten Teil der wirtschaftsnahen öffentlichen Infrastruktur. Entsprechend haben die Kommunen den größten Anteil an den öffentlichen Investitionen – vor Bund und Ländern. Daraus ergibt sich eine Verantwortung für die Qualität des heimischen Wirtschaftsstandorts: Die Kommunen müssen das kommunale Sachvermögen – und insb. die wirtschaftsnahe Infrastruktur – besser erhalten. Die kommunalen Investitionen müssen mindestens so hoch sein wie der Werteverzehr durch Abnutzung des Sachvermögens (Abschreibungen). Anderenfalls ergibt sich eine negative Nettoinvestitionsquote, die zu vermeiden ist. Daraus folgt, dass in vielen Kommunen die Investitionsquote zu erhöhen ist. Die Infrastruktur muss nicht nur erhalten, sondern auch modernisiert werden: zum Beispiel durch Verbesserung der IT-Ausstattung in Ämtern inklusive Schulung der Mitarbeiter für E-Government-Dienstleistungen.

Begrenzung der freiwilligen Leistungen

Haushaltskonsolidierung und mehr Investitionen gelingen nicht von heute auf morgen, aber schrittweise: Das Wachstum der Nettoinvestitionen muss höher sein als das Wachstum der übrigen Ausgaben, insbesondere der freiwilligen Leistungen und der Personalausgaben. Nicht-investive Ausgaben müssen begrenzt werden. Eine sozialverträgliche Reduzierung der Beschäftigtenzahl darf kein Tabu sein.

Sachvermögensberichte erstellen

Jede Kommune sollte regelmäßig einen Sachvermögensbericht erstellen, der den Stand und die Änderungen des Wertes ihres Sachvermögens sowie die laufenden Investitionen und Abschreibungen transparent und nachvollziehbar dokumentiert.

Gewerbesteuer: Hebesätze nicht erhöhen, eher senken

Damit die Unternehmen mehr Anreize haben, am heimischen Wirtschaftsstandort zu investieren, sollten die Kommunen die Hebesätze für die Gewerbesteuer nicht erhöhen, sondern nach Möglichkeit eher senken. Die Kommunalpolitiker sollten darauf setzen, das Aufkommen an Gewerbesteuer dadurch zu steigern, dass die Unternehmen prosperieren und die Kommunen an steigenden Gewinnen partizipieren, und nicht dadurch, dass die Hebesätze erhöht werden.

Grundsteuer: Stabiles Aufkommen gewährleisten

Im Zuge der Reform der Grundsteuer muss von den Parlamenten in den Städten und Gemeinden sichergestellt werden, dass das örtliche Aufkommen aus der Grundsteuer real nicht

ansteigt. Gegebenenfalls müssen die Hebesätze so verringert werden, dass das Aufkommen der Grundsteuer real in etwa stabil bleibt. Bürger und Betriebe dürfen in Folge der Reform nicht höher belastet werden.

Keine neuen Abgaben und Steuern einführen

Zusätzliche Belastungen der Bürger und Betriebe durch neue oder höhere Steuern, Umlagen und Gebühren sollten die Kommunen grundsätzlich vermeiden. Eine Bettensteuer oder Tourismusabgabe zu Lasten der Hotellerie und Gastronomie ist ebenso abzulehnen wie die Einführung einer Zweitwohnungsteuer.

Auf Straßenausbaubeiträge verzichten

Das Land hat die Möglichkeit eröffnet, auf Straßenausbaubeiträge zu verzichten. Die Kommunalpolitiker sollten die Haushalte so gestalten, dass Straßenausbaubeiträge nicht erhoben werden müssen. Die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge darf nicht zu einem Rückgang der Investitionen in Straßen führen.

Keine derivativen Finanzinstrumente

Die Kommunalparlamente sollten ihren Kämmerern untersagen, derivative Finanzinstrumente einzusetzen. Kommunen dürfen kein Steuergeld für Prämien von Zins- oder Währungsgeschäften einsetzen, da sie nicht zur Spekulation berechtigt sind. Auch bei Geschäften, die als „Absicherung“ aktueller Zinssätze begründet werden, handelt es sich um Spekulation. Nicht allein die teure Fehlspekulation einzelner Städte begründet ein Verbot des Einsatzes derivativer Finanzgeschäfte in Kommunen, sondern die Tatsache, dass es den Kommunen nicht gelingen kann, durch Null-Summen-Geschäfte systematische Vorteile am Kapitalmarkt zu erzielen. Deshalb sind die Prämienzahlungen der Kommunen für Derivate eine Verschwendung von Steuergeldern und abzulehnen.